

DEUTSCHE WIRTSCHAFT DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK AN DER JAHRESWENDE 1961/62

Kennzeichnend für die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Monaten des Jahres 1961 war — wie schon in den Monaten zuvor — eine starke und rasche Entspannung der Hochjunktur, die in einigen Bereichen bereits die Gefahr nicht unerheblicher Rückschläge aufkommen ließ. Dieser konjunkturelle Umschwung wurde zwar weitgehend durch den — diesmal zögernd einsetzenden — saisonalen Herbstaufschwung überdeckt, seine Ursachen blieben indessen bestehen: Nachlassende Investitionsneigung, vorsichtiger Lagerdispositionen und Abnehmen der Auslandsnachfrage führten zu einem spürbaren Rückgang der industriellen Auftragsgänge. Infolgedessen nahmen größtenteils

auch die *Auftragsbestände* ab. Sie konnten allerdings während des Booms vielfach, vor allem in der Investitionsgüterindustrie, so angereichert werden, daß sie einstweilen noch stabilisierend wirken. Indessen ist das Zurückbleiben der Industrieproduktion hinter den Produktionsmöglichkeiten nunmehr in erster Linie auf die Abschwächung der Unternehmer- und der Auslandsnachfrage zurückzuführen, während vor einigen Monaten meist noch der Mangel an Arbeitskräften hierfür ausschlaggebend war. Die Bedeutung des privaten Verbrauchs als Konjunkturstütze ist weiterhin gestiegen, und zwar nicht nur, weil die Investitionstätigkeit und die Auslandsnachfrage als — bisher ausschlaggebende — konjunkturelle Antriebskräfte nachgelassen haben, sondern auch dank der überdurchschnittlichen Erhöhung der Arbeitnehmerinkommen.

Der Umschwung des konjunkturellen Klimas spiegelt sich in den Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts für die einzelnen Vier-

teljahre des abgelaufenen Jahres wider. Während sich das Bruttosozialprodukt *real* — d. h. in gleichbleibenden Preisen gerechnet — im 1. Vj. 1961 gegenüber der gleichen Vorjahrszeit mit 8 vH noch stärker als im 4. Vj. 1960 (+ 7 vH) erhöhte, ging die Zuwachsrate nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht vom 13. Oktober 1961) im 2. Vj. 1961 auf 6 vH und im 3. Vj. 1961 auf rd. 5,5 vH zurück; für das 4. Vj. 1961 erwartet das Institut eine nochmalige Abnahme.

Bruttosozialprodukt von 310 Md. DM im Jahre 1961

Das starke Wachstum in den ersten Monaten des Jahres beeinflußt natürlich die Angaben für das ganze Jahr 1961 und läßt diese günstiger erscheinen als es der gegenwärtigen Wirtschaftslage entspricht. Eine erste vorläufige Schätzung der Sozialprodukts-Zunahme im Jahre 1961 hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in seinem Wochenbericht vom 17. November 1961 veröffentlicht. Danach war das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik im Jahre 1961 *real* um 5,6 vH höher als ein Jahr zuvor. Im Jahre 1960 betrug die *reale* Zuwachsrate 8,3 vH, im Jahre 1959 6,7 vH. Die *nominale* Zuwachsrate des Jahres 1961 lag allerdings mit schätzungsweise 10,3 vH beträchtlich über der *realen* Rate, da das Preisniveau des Sozialprodukts 1961 um nicht weniger als um 4,5 vH angestiegen ist. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt, daß im Jahre 1961 in der Bundesrepublik ein Bruttosozialprodukt von rd. 310 Md. DM erarbeitet worden ist gegenüber 281,3 Md. DM im Jahre 1960.

Der reale Sozialproduktzuwachs des Jahres 1961 (5,6 vH) ist — immer nach den Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung — zu etwas mehr als einem Zehntel auf eine Erhöhung des Arbeitsvolumens zurückzuführen, nämlich um 0,6 vH. Das ist das Ergebnis zweier gegenläufiger Entwicklungen: Einerseits nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 1,4 vH zu, während sich andererseits die durchschnittliche Arbeitszeit um 0,8 vH verringerte. Zu annähernd neun Zehnteln hatte die Zunahme des Sozialprodukts indessen ihre Ursache in einer Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität (reales Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigen-Stunde) um 4,9 vH. Im Jahre 1960 betrug die Produktivitätszunahme dagegen 7 vH. Der Rückgang dürfte vor allem eine Folge davon sein, daß die Produktionskapazitäten nicht mehr so stark ausgenutzt waren wie im Jahre 1960.

Der *private Verbrauch* weist 1961 eine gleich hohe Zuwachsrate (10 vH) wie das

Bruttosozialprodukt auf, während er 1959 und 1960 hinter diesem zurückblieb. Dagegen sind die *Bruttoanlageninvestitionen* 1961, wie in den beiden Vorjahren, erheblich stärker angewachsen als das Bruttosozialprodukt, nämlich um 14 vH. Rund 77 Md. DM oder ein Viertel des Bruttosozialprodukts wurden 1961 für Bruttoanlageninvestitionen ausgegeben. Auch der Anstieg des *öffentlichen Verbrauchs* lag mit 11 vH über dem des Sozialprodukts. Hier machen sich in erster Linie die höheren Rüstungsausgaben bemerkbar, die seit dem Sommer im Monatsdurchschnitt eine Milliarde D-Mark betragen. — Die *Industrieproduktion* nahm 1961 im Vergleich zu 1960 um etwa 6 vH zu; 1960 betrug die Zuwachsrate noch 10,7 vH. Auch hier gingen die Zuwachsraten im Laufe des Jahres 1961 stark — von über 10 vH bis auf weniger als 5 vH — zurück.

Unterschiedliche Beurteilung der Konjunkturlage

In der Diskussion um die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Konjunkturpolitik tritt immer wieder die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt konjunkturpolitischer Eingriffe auf. Hinter dieser Frage steht die schwierige Problematik der Konjunkturdiagnose und -prognose. Welche Unsicherheiten jedenfalls heute noch — nicht zuletzt, weil die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und die sonstige Wirtschaftsstatistik trotz vieler Fortschritte noch manche Lücke aufweisen — bei der Beurteilung der Konjunktur vorhanden sind, dafür bietet die gegenwärtige konjunkturpolitische Diskussion ein anschauliches Beispiel. Denn die Urteile der sachverständigen Stellen über die Konjunkturlage und ihre Antworten auf die Frage nach der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung sind recht unterschiedlich. Am meisten Optimismus zeigt wohl das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, das seinen Konjunkturbericht in dem Ende November erschienenen Heft 3/1961 der Institutszeitschrift *Wirtschaftskonjunktur* mit der Überschrift „Befriedigendes gesamtwirtschaftliches Wachstum weiterhin gesichert“ überschreibt und in dem Bericht die Auffassung vertritt, daß von einer zur Ausbreitung tendierenden Nachfrageschwäche in der Industrie „keine Rede sein“ könne. Auch die Bundesbank ist recht optimistisch und spricht in ihrem Anfang November herausgegebenen Vierteljahresbericht zur Wirtschaftslage (in *Monatsberichte der Deutschen Bundesbank*, H. 10/1961) von verstärkten „Ansätzen zu einer ‚Normalisierung‘ der Konjunktur“. Das Bundeswirtschaftsministerium hingegen meint (in seinem am 24. November abgeschlossenen Bericht über die wirtschaftliche Lage im Oktober 1961) etwas vorsichtiger, daß „von einer aktuellen Gefahr für die insgesamt nach

wie vor günstige Wirtschaftsentwicklung keine Rede sein kann“. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat zwar auch wenig Anlaß, „für 1962 gleich eine rezessive Entwicklung zu befürchten“ (Wochenbericht vom 17. November 1961), es hält es aber dennoch für bedenklich, daß infolge der Nachfrageabschwächung das Wirtschaftswachstum unter das erreichbare Maß sinkt.

Nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften hat die DM-Aufwertung, die als Mittel der Konjunkturdämpfung mindestens ein halbes Jahr zu spät angewandt wurde, die Hochkonjunktur „total abgebremsst...“, wobei der Aufschwung seit März 1961 nicht nur zum Stehen gebracht wurde, sondern in einigen Bereichen der Industrie einer Rezession zu weichen droht“ (*WWI-Mitteilungen*, H. 11/1961, S. 266). Nunmehr befinde „sich die westdeutsche Industrie ... in einer Situation, in der es sich erweisen muß, ob der eingetretene Konjunkturrückgang durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen noch aufgefangen wird oder sich durch Selbstinduktion weiter verstärkt“ (S. 270). Das WWI warnt mit Recht davor, aus den immer noch positiven Jahreszuwachsdaten der Industrieproduktion falsche Schlüsse zu ziehen. Denn „die Wachstumsraten lassen zwar, wenn man sie von Monat zu Monat vergleicht, in denjenigen Fällen, wo sie größer werden, eine konjunkturelle Verbesserung und in den entgegengesetzten Fällen eine Verschlechterung vermuten ...“, sie „vermögen (aber) nicht, die konjunkturellen Wendepunkte zu fixieren. Diese lassen sich nur durch einen saisonbereinigten Produktionsindex bestimmen“. (*WWI-Mitteilungen*, H. 11/1961, S. 267). Dieser vom WWI errechnete Index weist deutlich im Frühjahr 1961 einen Wendepunkt auf, an dem die bis dahin aufsteigende Richtung in eine fallende umschlägt. Eine erneute Richtungsänderung würde sich allerdings schon dann ergeben, wenn das konjunkturelle Wachstumstempo in den Spätherbst- und Wintermonaten nicht mehr weiter sinken, sondern annähernd gleich bleiben würde. Freilich wäre dieses Tempo zu niedrig, um die Produktionsmöglichkeiten, um die potentielle Leistungskraft der Volkswirtschaft voll ausschöpfen zu können, und es könnte sehr rasch zu einer weiteren Verlangsamung kommen.

Auftragseingänge nehmen weiterhin ab

Ein Blick auf die Statistik der industriellen Auftragseingänge zeigt jedenfalls, daß eine solche beunruhigende Entwicklung nicht ausgeschlossen ist. Seit Juli 1961 sind die Auftragseingänge in der gesamten Industrie dem Wert — und mehr noch der Menge — nach geringer als in den gleichen Vorjahrsmonaten, und in

den Monaten August, September und Oktober 1961 lag der Wert der eingegangenen Bestellungen zum ersten Male seit Dezember 1958 — um 5, 6 und 2 vH — unter dem Wert der gleichzeitigen Lieferungen der Firmen. Im Monat Oktober 1961 hat sich allerdings die Abschwächung der Bestelltätigkeit nicht weiter fortgesetzt¹⁾. Aber immer noch lag der Wert der Bestellungen in der gesamten Industrie um 1 vH und in der Grundstoff- und der Investitionsgüterindustrie um jeweils 3 vH unter den vergleichbaren Vorjahresergebnissen. Lediglich in der Verbrauchsgüterindustrie waren die Bestellungen im Oktober gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um rund 8 vH höher; im dritten Vierteljahr 1961 hatte die Zuwachsrate 6,8 vH, im zweiten Vierteljahr 6,3 vH betragen.

Am stärksten ist, wie schon erwähnt, die *Auslandsnachfrage* zurückgegangen. Im dritten Vierteljahr 1961 verbuchte die Industrie einen wertmäßig um 7,6 vH geringeren Auftragseingang aus dem Ausland als im dritten Vierteljahr 1960. Damals war im Vergleich zum dritten Vierteljahr 1959 noch eine Zunahme um 17,2 vH zu verzeichnen gewesen. Besonders betroffen ist die Investitionsgüterindustrie. Die bei ihr eingehenden Auslandsaufträge haben im dritten Vierteljahr 1961 gegenüber der gleichen Vorjahrszeit um 10,6 vH abgenommen, während das dritte Vierteljahr 1960 eine Zuwachsrate von nicht weniger als 27,2 vH aufwies. Diese rückläufige Entwicklung ist zum Teil auf die Aufwertung zurückzuführen, zum Teil aber auch die Folge einer Abschwächung der Expansion in den westeuropäischen Ländern, während sich der nordamerikanische Wirtschaftsaufschwung noch nicht in den Auftragsbüchern der westdeutschen Industrie bemerkbar macht.

Wahrscheinlich beruht die geringe Bestelltätigkeit bei der *Investitionsgüterindustrie* teilweise auch darauf, „daß die potentiellen Besteller nicht mehr zu Aufträgen geneigt (sind), auf deren Ausführung sie noch länger oder auch vergeblich warten müßten“, wie die führende Wirtschaftszeitschrift *Der Volkswirt* (am 11. Nov. 1961) über eine Feststellung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung berichtet. Denn trotz der rückläufigen Auftragseingänge waren die *Auftragsbestände* in der Investitionsgüterindustrie im September höher als je zuvor. Sie entsprachen nach Berechnungen des WWI der Gewerkschaften insgesamt 6,1 Monatsproduktionen, im Maschinenbau sogar 8, im Fahrzeugbau 5 und in der Elektroindustrie 5,6 Monatsproduktionen. Entscheidend für den Auftragsrückgang dürfte indessen die nachlassende Investitionsbereitschaft — nach einer Vorausschätzung des

1) Dieser Bericht wurde am 10. Dezember 1961 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie erst bis zum Monat Oktober 1961 Tor.

Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht vom 17. Nov. 1961) wird die Zuwachsrate der Ausrüstungsinvestitionen von 14 vH im Jahre 1961 auf 6 vH im Jahre 1962 zurückgehen — und in einigen Bereichen eine vorsichtigere Lagerhaltung und Vorratspolitik sein.

Hierfür ist die Lage der *Stahlindustrie* ein typisches Beispiel. So gingen z. B. die Inlandsbestellungen bei den Walzwerken im dritten Vierteljahr 1961 gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum um 20 vH und selbst gegenüber den Monatsdurchschnitten des ersten Halbjahres 1961 nochmals um 10 vH zurück. Insgesamt liegen die Lieferungen der Walzstahlindustrie schon seit Februar 1961 jeden Monat erheblich über den Auftragseingängen, so daß die Auftragsbestände im Laufe des Jahres rasch von 5,8 Mill. t Ende Januar auf rund 3,8 Mill. t Ende November zurückgingen. Ende November entsprachen die Auftragsbestände nur noch einer Beschäftigung von zwei Monaten. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Verbrauch an inländischem Stahl gegenwärtig höher ist als die Inlandlieferungen der Stahlwerke. Die Differenz wird aus den Lagern des Handels und der Verarbeiter gedeckt. Im Jahre 1960 wurden dagegen die Lager gefüllt, so daß die Lieferungen über dem Verbrauch lagen. Wann sich der Lagerzyklus erneut wendet, ist schwer abzuschätzen. Die meisten Voraussagen rechnen damit, daß dies etwa Mitte 1962 der Fall sein wird. Trotz der gegenwärtigen Produktionseinschränkungen — die gesamte Stahlerzeugung wird 1961 mit rund 33,5 Mill. Tonnen um fast 2 vH niedriger als 1960 sein — beurteilen die Stahlunternehmer jedoch die längerfristige Entwicklung der Stahlwirtschaft optimistisch, was nicht zuletzt in der nach wie vor starken Investitionsbereitschaft und -tätigkeit in diesem Bereich zum Ausdruck kommt. Nach dem Investitionsbericht der Hohen Behörde der Montanunion beliefen sich die Meldungen der westdeutschen Hüttenwerke über vorgesehene Investitionsvorhaben für 1960 auf 1,4 Md. DM, für 1961 auf 1,7 Md. DM und für 1962 auf 1,6 Md. DM.

Wie bereits erwähnt, ist in letzter Zeit von den großen industriellen Bereichen nur in der Verbrauchsgüterindustrie die Auftragstätigkeit befriedigend gewesen. Hier wirkt sich der steigende private Verbrauch belebend aus, wengleich auch ein erheblicher und wachsender Teil der Zunahme durch höhere Einfuhren gedeckt wird. So ist z. B. der Anstieg der Bestellungen und des Umsatzes in der *Bekleidungsindustrie* sowie in den Wirkereien und Strickereien eindeutig auf den steigenden Endverbrauch zurückzuführen, während in den Vorstufen der *Textilindustrie* Erscheinungen festzustellen sind, die eher auf einen Konjunkturrückgang hindeuten, und die neben lagerzyklischen Bewegungen vor allem

die steigende Einfuhr von Geweben zur Ursache haben. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hat in einer interessanten Untersuchung²⁾ festgestellt, daß der Anteil von eingeführten Geweben an den insgesamt in der Bekleidungsindustrie verarbeiteten Geweben stetig von 14,4 vH im Jahre 1956 auf 24,3 vH im Jahre 1960 angestiegen ist.

Lohnerhöhungen waren konjunkturell erforderlich

Im ganzen ist jedenfalls die Nachfrage der privaten Endverbraucher dadurch, daß sie nicht mehr wie in den Jahren 1959 und 1960 hinter der Sozialproduktentwicklung zurückbleibt, ein wichtiges konjunkturstützendes Gegengewicht gegen die rückläufigen konjunkturellen Tendenzen. Es kann gar kein Zweifel darüber sein, daß sich unsere Volkswirtschaft heute in einem gefährlichen konjunkturellen Schrumpfungsprozeß befinden würde, wenn der private Verbrauch im Jahre 1961 statt um 10 vH vielleicht nur um 5 vH angestiegen wäre. Das aber wäre der Fall gewesen, wenn es im Jahre 1961 in der Lohnpolitik ausschließlich nach den Vorstellungen der Arbeitgeberverbände gegangen wäre, wie sie erneut auf der Jahresversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Anfang Dezember vorgetragen wurden. Dort beklagte deren Präsident, Dr. h. c. *Paulssen*, das Ausmaß der Lohnerhöhungen im Jahre 1961. Er zeigte sich sehr besorgt darüber, daß „sich die Lohnbewegung immer mehr von ihren güterwirtschaftlichen Zusammenhängen gelöst“ habe, d. h., daß sie über die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität hinausgegangen ist. Die Summe der Nettolöhne und -gehälter dürfte 1961 um rund 11 vH höher gewesen sein als 1960, die Zunahme des durchschnittlichen Je-Kopf-Einkommens der Arbeitnehmer hat 1961 ungefähr 9 vH betragen, während die gesamtwirtschaftliche Produktivität um fast 5 vH anstieg. Es zeigt sich wieder einmal mehr, daß es falsch ist, ein Hin ausgehen der Lohnerhöhungen über den Produktivitätsanstieg von vornherein als gefährlich anzusehen. Vielmehr kommt es entscheidend auf die jeweilige konjunkturelle Situation an, und die war im Jahre 1961 so, daß die private Verbrauchernachfrage in dem Ausmaß, wie sie von den tatsächlich erfolgten Nettolohnerhöhungen ausging, wegen ihrer konjunkturstützenden Wirkung erwünscht war. Gleiches gilt vorerst noch weiter, und es ist auch aus konjunkturellen Überlegungen zu bedauern, daß sich die Regierungsmehrheit bei der Entscheidung über die Höhe der am 1. Januar erfolgten Anpassung der Sozialversicherungsrenten nicht zu einem höheren Anpassungssatz entschließen konnte.

2) „Die gespaltene Textilkonjunktur“, Wirtschaftskonjunktur, H. 3/1961, S. 34 ff.

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Im übrigen ist daran zu erinnern, daß die Löhne und Gehälter in den ersten beiden Jahren des letzten Konjunkturaufschwungs, 1959 und 1960, hinter der Gewinnentwicklung zurückgeblieben waren. Preissteigernde Tendenzen waren damals hauptsächlich bei den Nahrungsmitteln festzustellen. Erst im Laufe des Jahres 1961 holten die Löhne und Gehälter die Gewinne wieder ein. Berücksichtigt man, daß die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer von 1958 bis 1961 um fast 7 vH zunahm, während die Zahl der Selbständigen ungefähr gleich blieb, dann steht einem Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer zwischen 1958 und 1961 von brutto 26 vH und netto 23 vH ein Zuwachs der Nettogewinne (nach Abzug der Gewinnsteuern) von rund 25 vH und der verteilten Gewinne von einem Drittel gegenüber. Die nicht entnommenen Gewinne sind dagegen nicht so stark gestiegen, im Jahre 1961 sind sie gegenüber 1960 sogar etwas zurückgegangen. Infolgedessen wurde die Selbstfinanzierung etwas eingeschränkt. Man kann der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* folgen, wenn sie (am 29. November 1961) in ihrem Konjunkturbericht hierzu schrieb: „Wenn jedoch die Entwicklung der Konjunktur in diesem Sommer dazu geführt haben sollte, daß die Unternehmen ihre Geschäftspolitik für die nächsten Jahre kritisch überdenken, daß sie an die Wirtschaftlichkeit geplanter Investitionen noch

schärfere Maßstäbe anlegen und daß an die Stelle der Selbstfinanzierung in stärkerem Maße die Finanzierung über den Kapitalmarkt tritt, dann wären das volkswirtschaftlich nicht die schlechtesten Wirkungen dieses kleinen Nasenstübers gewesen.“

Mit Recht stellt jedenfalls das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (*Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, H. 3/1961, S. 229) fest: „Auch eine Zurückhaltung in der Lohnpolitik wäre kein echter Ausweg . . . Eine Dämpfung des Lohnauftriebs würde zwar die konsumferneren Bereiche vorübergehend in kostenmäßiger Hinsicht entlasten, dafür aber den Absatz der konsumnäheren Bereiche um so stärker beeinträchtigen.“ In der gegenwärtigen konjunkturellen Situation kommt es vielmehr „entscheidend auf diejenigen Impulse an, die nur eine aktive Konjunkturpolitik zu geben vermag, vor allem auf Maßnahmen, die geeignet sind, die Massenkaufkraft zu stützen und den Wirtschaftskreisläufen von der Verbraucherseite her so rechtzeitig Anstöße zu geben, daß ein Abflauen der Investitionstätigkeit unter die Grenze des für ein normales Wachstum der Wirtschaft Notwendigen bereits im ersten Rückgangsstadium aufgefangen und in eine ruhige Aufwärtsbewegung hinübergeleitet werden kann“ (*WWI-Mitteilungen*, H. 11/1961, S. 271).
Günter Pehl